Stand: 16.12.2025 01:00:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6518

"Bayerisches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende auf Lesbos"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/6518 vom 14.02.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8340 des VF vom 26.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/9222 vom 09.07.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 09.07.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 14.02.2020 **Drucksache** 18/**6518**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerisches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende auf Lesbos

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein bayerisches Programm zur erstmalige Aufnahme von 500 besonders schutzbedürftigen Asylsuchenden (alleinlebende Frauen, Frauen mit Kindern, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Menschen mit Behinderung), die sich derzeit auf der griechischen Insel Lesbos aufhalten, zu entwickeln und durchzuführen.

Begründung:

Auf der griechischen Insel Lesbos leben derzeit sehr viele Flüchtlinge. Die dortigen Behörden sind mit ihrer Aufnahme, Unterbringung und Betreuung völlig überfordert. Die Zustände sind darum inzwischen katastrophal. Die Lebensbedingungen sind menschenunwürdig. Am meisten leiden darunter die Schwächsten. Sie müssen so schnell wie möglich aus dieser für sie lebensbedrohlichen Situation evakuiert werden. Bayern hat hier eine Chance, seine christlich-humanitäre Seite zu zeigen.

§ 23 Abs.1 Aufenthaltsgesetz gibt den Ländern grundsätzlich die Möglichkeit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Das zu entwickelnde bayerische Landesaufnahmeprogramm soll sich dabei in ein Gesamtkonzept humanitärer Aufnahmen seitens der Europäischen Union sowie des Bundes unter Einbeziehung des UNHCR einfügen. Es soll eine erstmalige Aufnahme von 500 Personen ermöglichen, die besonders gefährdeten, vulnerablen Gruppen angehören. Insbesondere sollen dieser Gruppe angehören: alleinlebende Frauen, Frauen mit Kindern, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Menschen mit Behinderung.

Für ein solches Landesprogramm gibt es bereits Vorbilder in Deutschland: Baden-Württemberg hat mit einem eigenen Landesprogramm Flüchtlinge aus Syrien und aus dem Nord-Irak aufgenommen – vor allem Frauen, die vor dem Terror des Daesh („IS“) geflohen waren. Der Landtag von Schleswig-Holstein hat bereits ebenfalls ein Landesaufnahmeprogramm beschlossen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.05.2020 **Drucksache** 18/**8340**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/**6518**

Bayerisches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende auf Lesbos

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Gülseren Demirel**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 7. Mai 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 26. Mai 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 26. Mai 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.07.2020 **Drucksache** 18/**9222**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**6518**, 18/**8340**

Bayerisches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende auf Lesbos

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Gülseren Demirel
Abg. Karl Straub
Abg. Richard Graupner
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Alexander Hold
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Andreas Winhart
Abg. Martin Hagen
Abg. Raimund Swoboda
Staatssekretär Gerhard Eck

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende auf Lesbos (Drs. 18/6518)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Verteilung der Redezeit ist bekannt. Als erster Rednerin erteile ich der Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Situation in den überfüllten Flüchtlingslagern auf Lesbos wie beispielsweise Moria ist katastrophal. Ich war Ende November 2019 vor Ort und habe mir selber ein Bild von den Zuständen in den Flüchtlingslagern auf Lesbos gemacht. Es waren erschreckende Bilder. Ich habe erschreckende Bilder gesehen, weil der EU-Hotspot Moria zwar auf 2.500 Personen ausgerichtet ist, sich aktuell aber 17.000 Flüchtlinge dort aufhalten. Erschreckend war, dass die Flüchtlinge dort weder Decken und Zelte noch Verpflegung, geschweige denn hauptamtliches Betreuungspersonal oder medizinische Versorgung erhalten. Ich habe Kinder, die leukämiekrank sind oder Diabetes haben, gesehen. Sie bekommen aber keine medizinische Behandlung. Daher müssen wir ganz klar handeln. Griechenland ist mit der Unterbringung, der Betreuung und der Durchführung von Asylverfahren überfordert. Jetzt kam auch noch die Corona-Pandemie hinzu, und eine Situation, von der ich dachte, sie könnte nicht noch schrecklicher werden, ist noch schrecklicher geworden. Ich frage mich, wie die Situation der dort lebenden Kinder und jungen Menschen wohl im Moment aussehen mag.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen endlich mehr Solidarität. Wir brauchen mehr Solidarität für die Geflüchteten in Europa. Wir brauchen mehr Solidarität unter den Mitgliedstaaten der EU. Dazu gehört auch Bayern. Sehr geehrte Kolleginnen und Kolle-

gen, vor allem die, die in der Regierungskoalition sitzen, ich bitte Sie, bei Ihren Reden nicht auf die Zuständigkeiten der europäischen Ebene oder der Bundesebene zu verweisen. Der Schutz der Menschenrechte ist nämlich die Aufgabe aller staatlichen Ebenen. Jede muss ihren Teil beitragen. Innenminister Seehofer hat die katastrophale Situation bestätigt und hat selbst mit der Aufnahme von Flüchtlingen angefangen. Dass dies nicht reicht, ist aber bekannt und bestätigt. Deshalb haben das Land Berlin, der Thüringer Landtag und nun auch der Landtag Schleswig-Holstein ein eigenes Landesaufnahmeprogramm für schutzbedürftige Geflüchtete auf den Weg gebracht.

Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, es ist jetzt endlich an der Zeit, dass auch wir in Bayern ein eigenes Landesaufnahmeprogramm auf den Weg bringen. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern hat Bayern in seiner bisherigen Geschichte noch nie ein eigenes Landesprogramm entwickelt. Dieses Alleinstellungsmerkmal ist meiner Meinung nach zum Schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch Bayern soll endlich ein Aufnahmeprogramm entwickeln für alleinlebende Frauen mit oder ohne Kinder, für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und für Menschen mit Behinderung. Nach dem Willen der Bevölkerung soll auch Bayern Verantwortung für Europas Flüchtlingspolitik übernehmen und vor allem solidarisch sein.

Liebe Abgeordnete der Regierungskoalition, Sie haben in den letzten Tagen bestimmt Briefe und E-Mails mit Bitten erhalten, dem heutigen Antrag zuzustimmen. Der Flüchtlingsrat hat gerade 24 Stunden vor dem Maxmonument ausgeharrt, um auf diese Abstimmung hinzuweisen. Die Seebrücke, die Sicheren Häfen und immerhin 15 Kommunen in Bayern – 130 in der gesamten Bundesrepublik – fordern eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik – auch bei uns in Bayern.

Nur wenige Menschen haben heute derart viel Macht über die Zukunft der Geflüchteten auf Lesbos wie Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Ducken Sie sich bitte nicht weg, verweisen Sie nicht auf andere politische

Ebenen, nutzen Sie Ihre Mehrheit, stimmen Sie für ein bayerisches Landesaufnahmeprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Karl Straub für die CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zweifellos richtig ist, dass die Lage auf Lesbos absolut dramatisch ist. Wenn man die Fernsehbilder sieht, dann zerreißt es einem fast das Herz. Inhaltlich stimme ich voll mit Ihren Aussagen überein, Frau Demirel, auch viele andere Dinge, die Sie angesprochen haben, sind mir durchaus wichtig.

Was fordern Sie? – Sie haben in der Rede so getan, als könnte Bayern die Situation allein retten. In Ihrem eigentlichen Antrag fordern Sie, dass man 500 vulnerablen Personen helfen soll.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

– Frau Demirel, es gibt noch keinen Grund für Widerspruch. Bitte noch keine Aufregung. – Man soll auf Lesbos nicht nur 500 Menschen helfen, sondern allen. Sie haben meine Aussage schon vorweggenommen: Dass Bayern die Situation mit einem Sonderweg angehen soll, ist meiner Meinung nach nicht der richtige Weg. Dafür brauchen wir letztendlich eine europäische Lösung. Diese wird schon lange gefordert. Ich drücke unserer Kanzlerin und unserem Innenminister in Berlin – dem können Sie überhaupt nichts vorwerfen, da dieser europaweit vorangeht, um die Situation zu verbessern – die Daumen.Ich drücke, wie gesagt, beiden während der Ratspräsidentschaft die Daumen, damit sie hier endlich entscheidende Schritte vorankommen und wir in Europa schließlich eine Solidarität haben.

Seitens Deutschlands ist bereits etwas passiert. Deutschland ist aber auch sehr stark kritisiert worden. Unser Innenminister ist diesen Weg gegangen und hat insgesamt

53 Menschen aufgenommen, die zu uns gekommen sind. Davon sind aufgrund von bilateralen Abkommen zwei Leute auf Bayern verteilt worden. Wir haben uns als Bayern natürlich immer bereit erklärt, im Rahmen von europäischen und bundesdeutschen Lösungen Verantwortung zu übernehmen.

Es ist ein weiterer Flug nach Deutschland, eine weitere Aufnahme von insgesamt 948 Menschen geplant. Von diesen sind 243 Personen vulnerabel, wobei die Familien nachkommen dürfen, während es sich beim ersten Mal um unbegleitete Minderjährige gehandelt hat.

Inhaltlich liegen wir tatsächlich gar nicht so weit auseinander. Aber es hilft überhaupt nichts, einen bayerischen Sonderweg zu gehen, weil es – auch wenn Sie es immer nicht gerne hören – wieder einen Pull-Effekt auslösen könnte, wenn wir einfach 500 Personen holen. Wir müssen das Migrationsproblem ganzheitlich lösen. Man kann es nur fünfmal unterstreichen: Man kann das Problem nur europäisch lösen. Ich drücke den Menschen alle Daumen, damit das schnellstmöglich passiert.

Ihren Antrag muss ich leider ablehnen. Inhaltlich ist viel Richtiges dabei. Aber wir lehnen, wie gesagt, den bayerischen Sonderweg ab, weil das Problem nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich habe eine Meldung zur Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Demirel vorliegen. Bitte.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Kollege Straub, erstens, Sie haben immer wieder betont, dass wir inhaltlich beieinander sind. Das ist schön und gut. Aber dieses inhaltliche Beieinandersein sollte auch zu einem gemeinsamen Ergebnis führen. Der Freistaat Bayern ist eigentlich immer ganz stolz darauf, was er allein, ohne die Berliner Politik, Tolles macht. In diesem Fall gibt es viele, viele Bundesländer, die dies nicht als Entweder-Oder gesehen, sondern gesagt haben: Wir unterstützen die Bundesregie-

rung auf einem eigenen Weg; nicht nur die Bundespolitik ist Europa, sondern auch wir sind Europa.

Zweitens, zur Aufnahmebereitschaft von Herrn Seehofer: Ich habe gesagt, das ist wichtig und richtig. Aber es wird bis zu zwei Jahre dauern, bis diese 900 Personen kommen. Diese Personen kommen nicht nächste oder übernächste Woche. Daher ist es an der Zeit, dass Sie umdenken und dass Bayern ein eigenes Programm unterstützt, da wir inhaltlich beieinanderliegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Karl Straub (CSU): Frau Demirel, wer, wie gesagt, die Bilder sieht, ist natürlich als Mensch sofort motiviert, wo immer es möglich ist, zu helfen. Aber man muss sich schlussendlich die Frage stellen: Hilft man dann, wenn man jetzt 500 der vielen Tausend Leute – in Anführungszeichen "willkürlich", ich meine das gar nicht böse – holt, aber die anderen Menschen in der Problemlage zurücklässt? Ich möchte unserem Bundesinnenminister wirklich nochmals herzlich danken, der tatsächlich europaweit vorangeht, um hier endlich Lösungen zu finden. Zwei Jahre sind, glaube ich, in diesem Haus jedem außer denen auf der rechten Seite zu lang, um diese Situation aufzulösen. Aber vielleicht erreicht unser Bundesinnenminister schnellere Lösungen.

Ich bin grundsätzlich der Auffassung, dass hier ein Sonderweg nicht der richtige Weg ist. Wir reden seit Jahren über europäische Lösungen, haben aber bis dato nur zwölf sogenannte willige Länder. Die anderen Länder verweigern sich einer Aufnahme. Diesen Knoten müssen wir lösen, damit ganz Europa zu gleichen Teilen schutzbedürftige Leute aufnimmt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Richard Graupner, AfD-Fraktion, auf.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren! Die GRÜNEN fordern wieder einmal die Aufnahme von 500 an der Außengrenze Europas gestrandeten Migranten. Fast ist man geneigt zu fragen: Warum denn so zurückhaltend? Gibt es nicht 5.000, 50.000, 500.000 Menschen, die unserer Hilfe dringend bedürfen? – Genug der Polemik. Es geht also um 500 angeblich besonders schutzbedürftige Asylsuchende aus dem griechischen Lager auf Lesbos. Sie schreiben dazu in Ihrer Antragsbegründung – ich zitiere –:

> Die dortigen Behörden sind mit ihrer Aufnahme, Unterbringung und Betreuung völlig überfordert. Die Zustände sind darum inzwischen katastrophal. Die Lebensbedingungen sind menschenunwürdig.

– Zitatende. – Das ist vollkommen richtig. Ich habe im letzten Jahr zusammen mit meinem Kollegen Stefan Löw dieses Lager selbst besucht und kann diese Einschätzung aus eigener Beobachtung nur bestätigen. Aber wir ziehen völlig andere Schlussfolgerungen aus dieser Zustandsbeschreibung als Sie. Denn wie sah es denn bei der letzten Rettungsaktion vom 18. April dieses Jahres aus? – Deutschland hat damals bereits 47 Migranten aus griechischen Lagern aufgenommen – angeblich auch besonders Schutzbedürftige, angeblich viele schwerkranke Kinder, vor allen Dingen angeblich Mädchen unter 14 Jahren. Gekommen sind entgegen den Ankündigungen der Bundesregierung vor allen Dingen 12- bis 17-Jährige, davon gerade einmal vier Mädchen. Es gelingt also der Bundesregierung nicht, die eigentlichen Adressaten ihrer Hilfsaktion aus der Masse der Wirtschaftsmigranten zu selektieren.

(Beifall bei der AfD)

Aber wie will Bayern das dann schaffen? Wer werden wohl die 500 sein, die dann wieder unter der Flagge der besonderen Schutzwürdigkeit ins Sozialparadies Deutschland einschweben? Wie viele von ihnen werden ihren mangelnden Respekt vor dem deutschen Rechtsstaat durch "All cops are bastards"-T-Shirts bekunden? Denn wir erinnern uns noch gut an die entsprechenden Bilder bei der Ankunft der letzten Gruppe.

Dort wurden nämlich genau solche T-Shirts getragen. Wie viele dieser Schutzbedürftigen werden sich später als Angehörige einer Partyszene Straßenschlachten mit unseren Polizeibeamten liefern? 500 UMAs, also unbegleitete minderjährige Asylanten, würden derzeit den Freistaat Bayern pro Jahr etwa 30 Millionen Euro kosten, und zwar zusätzlich zu den immensen finanziellen Belastungen, die uns Söders Lockdown-Laune gebracht hat. Das Allerletzte, was wir jetzt brauchen können, sind weitere Einwanderungen in unsere Sozialsysteme.

(Beifall bei der AfD)

Warum sorgen wir nicht dafür, dass die Menschen in ihrer Heimat glücklich werden, ohne in einem fremden Land am Tropf des Sozialstaats zu hängen? Das wäre ganz im christlich-humanitären Sinne und ein Gewinn für die innere Sicherheit sowie eine Entlastung unserer Sozialsysteme. Aber darum geht es Ihnen gar nicht. Sie wollen Ihren Schuldkomplex als Angehörige einer strukturell rassistischen – nach Ihrem Gusto viel zu weißen – Gesellschaft mit hemmungsloser Zuwanderung bekämpfen. Die Folgen Ihrer multikulturellen Träumereien haben dann die anderen auszubaden; denn in den hippen und gentrifizierten Latte-Macchiato-Hochburgen, in denen sich Ihre Wählerschaft mit Vorliebe verschanzt, finden sich auffällig wenig Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die Position der AfD-Fraktion ist hier klar und eindeutig: Ja, Hilfe für andere, aber dann bitte gezielt vor Ort. Aber zuallererst gilt unsere Solidarität den eigenen Landsleuten. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: – Ich weiß nicht, ob die Meldung zur Zwischenbemerkung rechtzeitig war. Ich muss beim Protokoll nachfragen: Würden Sie die Zwischenbemerkung zulassen? – Herr Abgeordneter Kaltenhauser, bitte schön.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Vielen Dank. – Herr Abgeordneter, normalerweise versuche ich, auf AfD-Reden nicht zu reagieren. Aber Sie haben mich an einer Stelle sehr provoziert; denn Sie haben gesagt: Wenn die 500 Personen nicht aufgenommen würden, wäre es ein Zugewinn für unsere Sicherheit. Können Sie mir bitte erklären, wie das geht?

Richard Graupner (AfD): Das kann ich Ihnen gerne erläutern. Im letzten Jahr gab es eine Person, die besonders in der Diskussion stand, nämlich eine gewisse Frau Rackete, die unter anderem mit der "Sea-Watch 3" auf dem Mittelmeer Migranten aufgegriffen hat. Vielleicht haben Sie es verfolgt – aber wahrscheinlich lesen Sie solche Nachrichten nicht: Drei dieser von Frau Rackete geretteten Personen sind in Italien wegen Vergewaltigung und anderer schwerer Verbrechen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Genau das meine ich mit dem Schutz der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich den Vizepräsidenten Alexander Hold von der FREIE-WÄHLER-Fraktion aufrufen.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass Sie hier desinfiziert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Lage in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln ist äußerst prekär für die dort lebenden Menschen. Sie spitzt sich infolge der europaweiten Ausbreitung des Coronavirus immer weiter zu. Auch wir als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion blicken mit großer Sorge auf die humanitäre Notsituation der dort untergebrachten Menschen. – Herr Graupner, diese Menschen sind nicht "angeblich" schutzbedürftig. Wenn Sie selbst tatsächlich dort waren, dann finde ich es beschämend, dass Sie hier die Kosten einer humanitären Aktion in den Vordergrund stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir begrüßen ausdrücklich die Bereitschaft der Bundesregierung, gemeinsam mit weiteren Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rahmen der Koalition der Willigen 1.600 besonders schutzbedürftige Kinder, vor allem unbegleitete Minderjährige, von den griechischen Inseln aufzunehmen, um Griechenland bei der Bewältigung der Migrationsaufgabe durch diesen Beitrag im Zeichen europäischer Solidarität zu entlasten. Denn europäische Solidarität bedeutet nicht, dass die durch Migration entstehenden Lasten nur auf die Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen verteilt werden, sondern gemeinsam an tragfähigen Lösungen zu arbeiten und sich zu den humanitären Werten der Europäischen Union zu bekennen.

Zwischenzeitlich sind Deutschland und Luxemburg ihrer Zusage schon nachgekommen. Beide Länder haben die ersten Kinder und Jugendlichen von den griechischen Inseln aufgenommen. Die EU-Kommission koordiniert mit dem UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration diesen Prozess, meine Damen und Herren. Dennoch dürfen diese Maßnahmen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Notwendigkeit einer zügigen Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems, in dem jeder Mitgliedstaat angehalten ist, seinen Beitrag zum Gelingen zu leisten, angesichts der Lage sowohl auf den griechischen Inseln und an der griechisch-türkischen Außengrenze als auch im Mittelmeer keinen weiteren Aufschub duldet.

Als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion sehen wir insbesondere die Bundesregierung in der Pflicht, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der EU-Kommission zu nutzen, die Verhandlungen für eine Reform des Dublin-Systems zügig voranzutreiben und noch in diesem Halbjahr möglichst eine Einigung unter den Mitgliedstaaten zu erzielen. Denn langfristiges Ziel aller europäischen Asylpolitik muss es sein, dass alle Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit und Übernahme von Verantwortung im Sinne einer europäischen Solidarität und funktionierender Asylregeln bewegt werden.

Frau Kollegin Demirel, wir zeigen da nicht auf andere, sondern wir fordern schlicht und einfach eine gemeinsame Lösung. Wenn wir auf andere zeigen würden, dann würden

wir uns einer Lösung verschließen und sagen: Das Problem müssen andere lösen. – Nein, wir müssen es gemeinsam lösen, und wir können es nicht allein lösen.

Was würde ein Landesaufnahmeprogramm denn bedeuten? Natürlich wäre es ein Glück für diejenigen, die von Lesbos nach Deutschland gelangen würden und dort ohne Asylverfahren eine Aufenthaltserlaubnis bekämen. Natürlich wäre es eine große humanitäre Geste. Aber es würde auch bei allen anderen Begehrlichkeiten wecken, denen wir ohne die europäische Lösung doch niemals entsprechen könnten. Vielleicht würden sich durch diese Begehrlichkeiten die Zustände in den griechischen Aufnahmelagern sogar noch verschlechtern.

Das Schlimmste wäre: Es würde erst mal den Druck von der EU und von den EU-Ländern nehmen, die nicht willig sind. Genau den Schwung der deutschen Ratspräsidentschaft wollen wir eben nutzen. Den wollen wir eben nicht wegnehmen, sondern wir wollen ihn mitnehmen.

Ganz nebenbei: Das Programm bräuchte zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit das Einvernehmen des Bundesinnenministeriums. Dieses ist zurzeit einfach nicht zu bekommen.

Als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion werden wir uns deshalb auch weiterhin für eine zügige Reform des europäischen Asylsystems sowie für eine faire und gerechte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union einsetzen. Wir sind gern bereit, uns weiterhin auch innerhalb der Bayerischen Staatsregierung dafür einzusetzen, dass Bayern nicht einfach nur im Rahmen von europäischen Pflichten das Notwendige tut, also die notwendige Anzahl an Menschen aufnimmt, sondern dass Bayern sich dafür einsetzt und seinen Teil dafür tut, dass Deutschland Taktgeber bei einer europäischen Lösung wird, meine Damen und Herren. Das geschieht gerne auch mit einer zahlenmäßigen Ausweitung der Koalition der Willigen, aber nicht mit einem kontraproduktiven bayerischen Alleingang.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön, Herr Hold. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Vizepräsidenten Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion auf. Bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx stellt an die europäische Asylpolitik vier Forderungen.

Forderung Nummer eins: Perspektiven in den Herkunftsländern, Fluchtursachen bekämpfen. – Wir wissen, wie schwierig das ist. Jahr für Jahr steigt die Zahl der Geflüchteten.

Forderung Nummer zwei: kein Zurückdrängen der Geflüchteten ins Verderben und in den Tod. – Wir wissen, wie kontraproduktiv europäisches Handeln in diesem Bereich ist. Die Europäische Union arbeitet mit libyschen Folterknechten zusammen und spendet 90 Millionen Euro im Jahr, damit über 3.000 Geflüchtete in libyschen Folterlagern, sogenannten Detention Centers, Folter, Ausbeutung und Gewalt ausgesetzt sind. Libyen ist kein sicherer Ort, sagt das UNHCR. Das hat auch der Europäische Gerichtshof geurteilt.

Forderung Nummer drei: Es muss für Asylbewerberinnen und Asylbewerber ein faires Verfahren geben. – Das ist insbesondere auf den griechischen Inseln leider nicht gewährleistet. Wir wissen von Menschen, die dort gewaltsam daran gehindert werden, in Griechenland Asylanträge zu stellen. Wir wissen von Familien, deren Väter im Schnellverfahren ohne Rechtsbeistand wegen illegaler Einreise nach Griechenland zu hohen Haftstrafen verurteilt werden.

Die Hauptforderung ist Forderung Nummer vier: Niemand kommt zu Tode. – Auch diese Forderung wird leider von der europäischen Migrationspolitik nicht erfüllt. Das Mittelmeer ist mittlerweile wieder zur tödlichsten Fluchtroute geworden. Allein in den letzten beiden Jahren sind mehr als 3.600 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen. Wir erleben dort ein regelrechtes Massensterben. Deshalb hat meine Frak-

tion, die SPD-Fraktion, mit Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Minderheitenanhörung im Europaausschuss beantragt. Am 10. November werden wir uns hier mit dem Thema der Seenotrettung in besonderer Weise auseinandersetzen. Ich werde auch meine persönlichen Erfahrungen als ehrenamtliches Co-Mitglied der Mission Lifeline aus dem Jahr 2019 und möglicherweise auch meine Erfahrungen dieses Sommers 2020 als ehrenamtliches Co-Mitglied der "Alan Kurdi" der Regensburger NGO Sea-Eye mit einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Demirel hat die Zustände auf den griechischen Inseln richtig beschrieben: menschenunwürdig. 20.000 Geflüchtete gibt es allein in Moria, sechsmal so viele wie geplant. Insgesamt 37.000 Menschen halten sich in Lagern auf den Inseln auf, die eigentlich nur für 6.000 ausgelegt sind. Die Europäische Union ignoriert das Elend, statt zu evakuieren. Die Geflüchteten leben dort zwischen Müllbergen und Ratten. Sie müssen stundenlang für Wasser anstehen. Selbst der Hilfskoordinator von "Ärzte ohne Grenzen" berichtet, seine Arbeit im Südsudan erscheine unbürokratischer und leichter zu verrichten, wenn er sie mit den hohen Barrieren vergleicht, die Griechenland selbst, aber auch die Europäische Union auf den griechischen Inseln für seine Arbeit, für seine humanitäre Tätigkeit errichten.

Deshalb unterstützen wir den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein bayerisches Aufnahmeprogramm. Wir hoffen, dass dieser Antrag heute vom Parlament beschlossen wird, nachdem unsere eigene sozialdemokratische Initiative vor einigen Wochen mit der Überschrift ",Die Würde des Menschen ist unantastbar' […] – Humanitäres Sofortaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den Hotspots in Griechenland" leider von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt wurde. Wir haben heute die Chance, ein gemeinsames Zeichen für die Menschlichkeit zu setzen. Wenn Schleswig-Holstein und Thüringen als Bundesländer vorbildhaft vorangehen, wenn 15 bayerische Kommunen sagen: "Wir sind hilfsbereit, wir wollen etwas tun", dann stellt sich natürlich die Frage, welche bürokratischen und auch welche politischen Hindernisse es eigentlich

gibt, Städten wie beispielsweise der Landeshauptstadt München so viele Steine in Weg zu legen, dass das Prinzip der Humanität am Ende nicht realisiert und umgesetzt werden kann.

Deshalb: breite Unterstützung aus der SPD für den heutigen Antrag. Vielen Dank für diese Initiative.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Mikrofon, Markus. – Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion. Bitte.

Andreas Winhart (AfD): Ich bin total begeistert davon, dass Sie gerade erzählt haben, dass Sie im Mittelmeer mit Booten verschiedener Rettungsorganisationen unterwegs waren.Können Sie uns vielleicht kurz, aber detailliert erklären, was Sie da genau gemacht haben? Haben Sie da Leute vom Rettungsboot auf Ihrem Boot aufgenommen und dann in einen italienischen Hafen gefahren? Haben Sie bei der Einreise hinsichtlich der Dokumente geholfen? Wie kann man sich das vorstellen? Was haben Sie denn da genau gemacht?

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Winhart, ich habe nur eine Minute Zeit, Ihnen zu antworten. Ich habe auch im Plenum schon mehrfach darüber berichtet, dass ich letztes Jahr auf dem Rettungsschiff "Eleonore" der Mission Lifeline dabei war. Damals waren es nur 48 Stunden – für diesen Sommer sind sechs Wochen geplant, unter der Voraussetzung, dass das Rettungsschiff "Alan Kurdi" der Seenotrettungsorganisation Sea-Eye aus Regensburg tatsächlich auslaufen kann, da es leider viele, viele europäische Hürden gibt. Auch der deutsche Verkehrsminister sagt, dieses Schiff sei nicht tauglich, um auf dem Mittelmeer Flüchtlinge aufzunehmen. Es gibt noch viele andere Fragestellungen.

Ich hoffe, Sie kommen am 10. November auch zur Anhörung. Der Landtag wird sich dann ganz offiziell mit diesem Thema auseinandersetzen. Ich werde von den Flüchtlingen berichten, die mir ihre Narben aus den libyschen Detention Centers gezeigt haben, die definitiv vulnerabel waren – anders, als es Ihr Kollege vorher dargestellt hat –, die definitiv eine unglaubliche Folter durchgemacht haben. Es handelt sich um Dutzende von ihnen. Ich habe das unmittelbar persönlich in Anwesenheit der Ärzte in Augenschein genommen. Hätten Sie das auch einmal getan, Herr Winhart, oder Ihr Kollege, der in Moria war, dann würden Sie über diese Menschen, die Not und Elend ausgesetzt sind, nicht so abwertend reden, wie wir das heute hier leider wieder erleben mussten.

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Martin Hagen, FDP-Fraktion, auf.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2015 darf sich nicht wiederholen. – Das ist eine Aussage, auf die sich wahrscheinlich, wenn auch möglicherweise aus unterschiedlichen Gründen, alle aus diesem Haus und auch alle in unserem Land einigen können. 2015 darf sich nicht wiederholen. Diese Aussage ist richtig, aber sie ersetzt keine Antworten – Antworten auf das Sterben in Syrien, das nach wie vor weitergeht, Antworten auf das Elend in Lesbos, auf das Foltern in Libyen oder auf die Situation von Geflüchteten anderswo in der Welt. Denn was haben wir denn seit 2015, als wir uns alle einig waren, das dürfe sich nicht wiederholen, dazugelernt? Was haben wir getan? Wir waren uns damals doch größtenteils einig, dass Kriegsflüchtlingen in Not geholfen werden muss. Sie sollten nicht unkontrolliert kommen, nicht alle auf einmal, nicht alle zu uns, aber man sollte ihnen helfen. Das war ein breiter Konsens.

Welche Antworten haben wir seit 2015 gefunden? Welche geordneten Wege humanitärer Migration haben wir geschaffen, wenn wir doch die ungeordneten, illegalen Wege

nicht wollten? Welche Hilfen vor Ort haben wir ermöglicht? Was haben wir getan, um die Fluchtursachen zu bekämpfen? Haben wir irgendein Problem gelöst, oder haben wir nur dafür gesorgt, dass die Probleme jetzt ein paar Hundert Kilometer weiter entfernt von uns sind?

Das ist keine Anklage von der Opposition an die Staatsregierung – bitte verstehen Sie mich nicht falsch –; das ist eine Anklage an uns alle; denn die gesamte Politik in Deutschland und in Europa hat in den letzten fünf Jahren vor diesen Herausforderungen leider versagt.

Auch der Antrag der GRÜNEN ist keine Antwort auf diese Fragen – das soll er wahrscheinlich auch nicht sein. Auch dieser Antrag löst die großen Probleme nicht. Das soll aber keine Ausrede sein. Das Argument: weil wir nicht allen helfen können, helfen wir gar keinem, finde ich persönlich zynisch.

Der Antrag ist ein kleiner Beitrag zur Linderung von Leid, Leid, vor dem wir die Augen nicht verschließen können. 500 vulnerable Personen stellen eine Anzahl dar, die unser Land und unsere Gesellschaft nicht überfordern wird. Deswegen werden wir als FDP diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Swoboda, ich darf Ihnen als fraktionslosem Abgeordneten hiermit das Wort erteilen. Bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Demirel, es war sicherlich gut gemeint, und Sie haben auch alles an Verständnis, das es geben kann, geerntet, aber nichts bewirkt. Deshalb sage ich Ihnen: Humanität kann oft der Grabstein Ihrer Diskussion sein, weil es auch andere gibt, die auch ein Sachargument haben, aber nicht aus der Humanität schöpfen, sondern vielleicht aus dem Staatsrecht, aus dem Asylrecht, aus dem Völkerrecht, woraus Sie nicht geschöpft haben, oder etwa auch aus dem Bundesrecht,

die dann vielleicht zu einem anderen Ergebnis kommen als Sie. Ich schätze dies aber, und ich achte das auch. Ich finde, Ihr Bemühen ist weiterhin gut. Dies ist für die GRÜNEN auch repräsentativ.

Weil aber gerade Augenzeugen immer wieder ein düsteres Bild von der Lage in Moria auf Lesbos zeichnen und dort den Zerfall jedweder Rechtsstaatlichkeit feststellen – vielleicht auch jedweder Humanität –, muss sich der Bayerische Landtag doch sehr genau überlegen, ob er Ihrer Lösung zustimmen und folgen sollte oder ob er vielleicht doch eine europäische Lösung anstreben sollte, wie das der CSU-Redner gesagt hat und auch Herr Hold erläutert hat, und zwar aus ganz bestimmten rechtlichen Gründen und aufgrund grundsätzlicher Fragestellungen.

Bayern muss die Bundesregierung natürlich zum Handeln auffordern. Das europäische Pingpongspiel, von dem Herr Hagen berichtet hatte und das schon seit 2015 so stattfindet, muss beendet werden. Die Frage ist nur, wie, ob in Ihrem Sinne, dass jedes Bundesland, jede Region in Europa, egal wo, irgendwelche Leute irgendwie hierher holt und dann auch versorgt, was Humanität bedeuten würde, was aber dem Gesamten, nämlich der EU, schlechthin nicht dienen würde. Die Staatsregierung könnte das, was Sie ihr heute gesagt haben, als Aufruf verstehen, sich doch über den europäischen Gedanken hinwegzusetzen, und vielleicht selbstständig auf Lesbos handeln. Das wäre ungut, und das würde bestimmt Zwietracht –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Abgeordneter.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – nicht nur in die EU, sondern auch in unsere Bund-Länder-Beziehung tragen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, ich darf Sie noch einmal auffordern, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Ende. Das wäre aber vielleicht ein guter Vorschlag, um Söders Griff zur Kanzlerschaft doch ein wenig humanitär zu unterstützen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich Herrn Staatssekretär Gerhard Eck bitten.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, dass ich mit vielen Dingen, die die Frau Kollegin von den GRÜNEN, Frau Demirel, angesprochen hat, einverstanden bin und diese sehr wohl auch unterstützen und unterstreichen kann. Ich will an dieser Stelle aber auch in aller Deutlichkeit ansprechen, dass Äußerungen wie die, dass uns die Menschen in das Sozialsystem hineinfallen und Ähnliches, absolut falsch sind. Ich verurteile dies aufs Schärfste. So können wir mit diesem Thema nicht umgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will an dieser Stelle noch ein Weiteres sagen. Kollege Hagen hat gesagt, dass wir dann eben nichts tun. Dies ist falsch. Ich will die Zahlen nicht wiederholen – Kollege Straub hat sie am Anfang zum Ausdruck gebracht, und Kollege Hold hat ganz deutlich angesprochen, was bereits getan worden ist. Ich will dies nicht als große Geste herausstellen. Das ist Humanität; das ist Hilfsbereitschaft; das ist Unterstützung von armen und schwachen Menschen in dieser Region. Darauf bin ich ein Stück weit stolz.

Ich will jetzt keine Emotionen hineinbringen. Ich will um Zusammenhalt bitten. Es nützt uns nichts, wenn wir uns über diese Dinge hinwegsetzen und einen eigenen Weg gehen. Wir würden Zwietracht in die Europäische Union bringen.Gerade die EU-Ratspräsidentschaft wollen wir nutzen, um einen gemeinschaftlichen Weg zu finden und nicht nur für ein paar wenige einen guten Ausweg, eine gute Lösung zu erreichen. Wir wollen die gesamte Problematik an dieser Stelle wenigstens anpacken und möglichst auch lösen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will nicht alles wiederholen. Ich glaube, es ist das einzig Richtige, was wir an dieser Stelle gemeinschaftlich tun.

Dann bitte ich, noch auf Folgendes hinweisen zu dürfen – das muss man doch noch tun dürfen –: Wir können ein Stück weit mit Stolz darauf blicken, dass Deutschland sich an entsprechenden Hilfs- und Rettungsmaßnahmen weltweit schon in der Vergangenheit beteiligt hat. Deutschland hat dabei eine ausgezeichnete Rolle gespielt. Deutschland, insbesondere Bayern, ist das Land, das sich in Bezug auf Flüchtlinge und sonstige arme und schwache Mitbürgerinnen und Mitbürger dieser Erde am meisten engagiert hat. Darauf können wir stolz sein. Ich bitte herzlich darum, dass wir das nicht immer herunterreden, sondern dass wir es auch einmal in dieser Offenheit und Deutlichkeit ansprechen.

Dabei will ich es belassen. Ich bitte herzlich darum, dass wir das Thema gemeinschaftlich lösen; denn innerhalb der Gemeinschaft, innerhalb Europas helfen wir den Menschen am meisten. Wenn wir jetzt sogar die EU-Ratspräsidentschaft innehaben, dann sind das beste Voraussetzungen; in dieser Qualität hatten wir sie seit Langem nicht mehr.

Aus diesen Gründen bitte ich, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Staatssekretär. Und die Maske nicht vergessen! – Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, es würde in der EU Zwietracht säen, wenn wir als Bayern vorangingen und 500 Menschen aus diesen Lagern aufnähmen. Können Sie mir beantworten, inwiefern die Tatsache, dass

wir in den vergangenen Jahren niemanden aus Lesbos aufgenommen haben, uns einer europäischen Lösung nähergebracht hat?

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Erstens haben wir Menschen aufgenommen. Zweitens – Kollege Straub hat es zum Ausdruck gebracht – gibt es die Zusage, von Kranken, Kindern und sonstigen hilfsbedürftigen Menschen auch den engsten Familienkreis aufzunehmen. Es ist zugesagt, dass wir helfen. Sie glauben doch wohl nicht, dass die anderen EU-Mitgliedstaaten, wenn sie einen vor sich haben, der vorausprescht, alle sagen: Haijaijai, wie gut sind die! – Nein, die sind froh, wenn wir die Aufgabe lösen, und werden sagen: Dann sollen sie das andere Problem auch noch lösen.

Deshalb brauchen wir einen gemeinschaftlich organisierten und gemanagten Weg in die Zukunft. Das ist unsere Meinung, und darauf setzen wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Wer enthält sich der Stimme? – Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.